

Telefon: 0 233-86601
Telefax: 0 233-86605
Herr Habl
christopher.habl@muenchen.de

Kreisverwaltungsreferat
Hauptabteilung I Sicherheit und
Ordnung, Mobilität
Verkehrsüberwachung
Außendienst und Technik
KVR-I/42

**Häufigere Geschwindigkeitskontrollen bzw.
Installation eines Blitzers in der Heimeranstraße
Höhe Ganghoferstraße**

Empfehlung Nr. 14-20 / E 02568 der Bürgerversammlung
des 08. Stadtbezirkes Schwanthalerhöhe am 04.04.2019

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 15133

**Beschluss des Bezirksausschusses des 08. Stadtbezirkes Schwanthalerhöhe vom
09.07.2019**
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Die Bürgerversammlung des 08. Stadtbezirkes Schwanthalerhöhe hat am 04.04.2019
anliegende Empfehlung beschlossen.

Die Empfehlung betrifft einen Vorgang, der nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO des
Stadtrates zu den laufenden Angelegenheiten zu zählen ist. Da es sich um eine Empfeh-
lung einer Bürgerversammlung handelt, die in ihrer Bedeutung auf den Stadtbezirk be-
schränkt ist, muss diese nach Art. 18 Abs. 4 Satz 1 GO, § 2 Abs. 4 Satz 1 Bürger- und
Einwohnerversammlungssatzung und gemäß § 9 Abs. 4 der Bezirksausschusssatzung
vom zuständigen Bezirksausschuss behandelt werden, zu dessen Information Folgendes
auszuführen ist:

Bei der Empfehlung ist davon auszugehen, dass es dem Antragsteller um eine Regelung
in seinem unmittelbaren Wohnumfeld geht. Beantragt werden häufigere
Geschwindigkeitskontrollen bzw. die Installation eines Blitzers in der Heimeranstraße,
Höhe Ganghoferstraße.

Die Zuständigkeit für die Installation stationärer Geschwindigkeitsmessanlagen liegt beim
Polizeipräsidium München, welches dazu Folgendes mitteilt:

„Die Errichtung und Inbetriebnahme einer stationären Überwachungsanlage (Rotlicht
und/oder Geschwindigkeit) ist an sehr enge Bedingungen geknüpft. Durch das Bayerische
Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration wurden folgende Kriterien für den
Einsatz einer stationären Überwachungsanlage zum Zwecke der Verkehrssicherheit
vorgegeben:

Es muss eine Örtlichkeit mit hohem Unfallrisiko und besonders hohem
Verkehrsaufkommen gegeben sein, an der eine dauerhafte Überwachung erforderlich
oder eine andere Form von Überwachung aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nicht
möglich oder zumindest erschwert ist. Beim Betreiben von stationären
Überwachungsanlagen muss einer Reduzierung von Verkehrsunfällen absolute Priorität

eingeräumt werden.

Bei der hier betroffenen Örtlichkeit (Heimeranstraße/Ganghoferstraße) wurde im Zeitraum vom 01.04.2018 bis 01.04.2019 kein Verkehrsunfall polizeilich registriert, welcher auf die Missachtung des Rotlichts oder überhöhter Geschwindigkeit zurückzuführen ist. Insofern liegen die vorgesehenen Voraussetzungen für die Installation einer stationären Anlage nicht vor. Im Bereich der Ganghoferstraße erfolgen in unregelmäßigen Abständen Geschwindigkeitskontrollen. Die Beanstandungsquote war in diesem Bereich immer sehr gering und unauffällig. Der Polizei liegen keine weiteren Beschwerden aus diesem Bereich vor.“

Der Empfehlung Nr.14-20 / E 02568 der Bürgerversammlung des 08. Stadtbezirkes Schwanthalerhöhe am 04.04.2019 wird daher nicht entsprochen.

Die Korreferentin des Kreisverwaltungsreferates, Frau Stadträtin Dr. Evelyne Menges und der Verwaltungsbeirat für den Zuständigkeitsbereich Sicherheit und Ordnung, Herr Stadtrat Dominik Krause, haben von der Beschlussvorlage Kenntnis genommen.

II. Antrag des Referenten

1. Von der Sachbehandlung als einem Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 22 GeschO) mit dem Ergebnis – Geschwindigkeitskontrollen finden auch weiterhin statt, die Voraussetzungen für die Installation einer stationären Überwachungsanlage liegen nicht vor - wird Kenntnis genommen.
2. Die Empfehlung Nr. 14-20 / E 02568 der Bürgerversammlung des 08. Stadtbezirkes Schwanthalerhöhe am 04.04.2019 ist damit satzungsgemäß behandelt.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Bezirksausschuss des 08. Stadtbezirkes Schwanthalerhöhe der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Der Referent

Stöhr

Dr. Böhle
Berufsmäßiger Stadtrat

I. Wv. bei Kreisverwaltungsreferat - GL 532

zur weiteren Veranlassung.

Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit dem beglaubigten Original wird bestätigt.

An den Bezirksausschuss 08

An das Direktorium – BA-Geschäftsstelle Süd

An das Revisionsamt

An D-II-V / Stadtratsprotokolle

An das Direktorium Dokumentationsstelle

An das Polizeipräsidium München, Abteilung E4
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

II. An das Direktorium - HA II/ BA

☐ Der Beschluss des BA 08 kann vollzogen werden.

Mit Anlagen

3 Abdrucke des Originals der Beschlussvorlage

Stellungnahme Kreisverwaltungsreferat

Es wird gebeten, die Entscheidung des Oberbürgermeisters zum weiteren Verfahren einzuholen:

☐ Der Beschluss des BA 08 kann/soll kann aus rechtlichen/tatsächlichen Gründen nicht vollzogen werden; ein Entscheidungsspielraum besteht/besteht nicht (Begründung siehe Beiblatt)

☐ Der Beschluss des BA 08 ist rechtswidrig (Begründung siehe Beiblatt)

III. Mit Vorgang zurück zum

Kreisverwaltungsreferat - HA I/42

zur weiteren Veranlassung.

Am

Kreisverwaltungsreferat - GL 532